

Kommentar Wirtschaftspolitik

2014/21 | 12. November 2014

Energie und Umwelt

Die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftspolitischen Blätter ist dem Thema „Energie und Umwelt“ gewidmet. Die einzelnen Beiträge beschäftigen sich mit einer Analyse der Energie-, Klima- und Umweltpolitik der Europäischen Union und mit möglichen Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung, dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz sowie mit der „Umweltindustrie“, welcher vor dem Hintergrund klima- und energiepolitischer Zielsetzungen hohe Wachstumsraten beschieden werden.

Die Europäische Union hat sich seit den 1990er Jahren aktiv für **Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasen auf internationaler Ebene** eingesetzt und bei der Bekämpfung des Treibhausgasausstoßes somit eine Vorreiterrolle eingenommen, argumentiert Frondel (Ruhr-Universität Bochum). Ambitionierte Ziele zur Reduktion von Treibhausgasen (jüngst wurde von der Europäischen Kommission eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber dem Stand von 1990 beschlossen) werden dabei unabhängig davon gesetzt, ob andere bedeutende Emittenten wie China oder die USA ebenfalls Minderungsanstrengungen unternehmen. Doch dem Eifer der Europäischen Kommission sind nicht zuletzt dadurch enge Grenzen gesetzt, dass der Anteil der EU an den weltweiten CO₂-Emissionen relativ gering ist und der Treibhausgasminderung in der EU im globalen Kontext lediglich eine sehr untergeordnete Bedeutung zukommt. So seien zwar die CO₂-Emissionen in der EU-15 seit 1990 gesunken, die CO₂-Emissionen in China haben sich zwischen 1990 und 2012 hingegen vervierfacht.

Die einseitigen Bemühungen der Kommission zur Treibhausgasminderung können nicht zuletzt auch deshalb wenig zur Dämpfung des weltweiten Emissionsanstiegs beitragen, weil sie kontraproduktive internationale Rückwirkungen haben: So komme es bei einer unilateralen Minderungspolitik der EU zu Verlagerungen der Emissionen in Länder ohne Emissionsbeschränkungen - ein Effekt, der unter dem Begriff „**Carbon Leakage**“ bekannt ist. Die Klimapolitik der EU könne somit zu Wohlstands-Einbußen führen.

Heymann (Deutsche Bank) äußert die Befürchtung, dass wenn die **Energiekosten für die europäische Industrie** auch in den nächsten Jahren schneller als in anderen Wirtschaftsräumen steigen, sich die empirisch belegbare **Investitionszurückhaltung von Unternehmen** aus energieintensiven Branchen fortsetze. Gleichzeitig dürften die Investitionen dieser Unternehmen im Ausland tendenziell zulegen, weshalb Wertschöpfung und CO₂-Emissionen in Europa sinken, im Ausland aber steigen. Sinken die Investitionen energieintensiver Unternehmen, könne mittelfristig deren Innovationskraft leiden, was negative Folgen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nach sich ziehen kann. Um den schleichenden Prozess von De-Industrialisierung und Carbon Leakage zu stoppen, müsse sich Europa entweder für ein schnelleres Vorankommen und strengere Ziele im internationalen Klimaschutz stark machen oder das eigene Tempo drosseln. Allerdings äußert sich Heymann skeptisch darüber, dass es bei den nächsten Klimakonferenzen auf UN-Ebene, v.a. beim Treffen in Paris Ende 2015, zu einem fundamentalen Durchbruch kommen wird. Wirklich ambitionierte, absolute und rechtlich verbindliche CO₂-Reduktionsziele seien weder von den USA noch von China zu erwarten. Bei den UN-Klimakonferenzen der vergangenen Jahre habe sich gezeigt, dass Fortschritte in der internationalen Klimaschutzpolitik sehr begrenzt sind.

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin:
Mag. Karin Steigenberger, BA
+43 (0)5 90 900-4262
Karin.Steigenberger@wko.at

Bardt (IW Köln) widmet sich in seinem Beitrag einer Analyse der **Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz**. Er argumentiert, dass Wirtschaftswachstum nicht per se umweltschädlich sein müsse. Vielmehr sei Wachstum und damit einhergehend technischer Fortschritt und steigender Wohlstand eine wesentliche Voraussetzung für wirksamen Umweltschutz. Stagnierende Wirtschaften seien hingegen sehr viel schlechter geeignet, natürliche Ressourcen und Senken zu schonen und die Umwelt zu schützen.

Auch Jörg (TU Kaiserslautern) widmet sich einer Analyse der Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Umwelt. Diskutiert werden unterschiedliche Positionen zu Wirtschaftswachstum und Umwelt, wobei es genereller Konsens sei, dass Wirtschaftswachstum nicht auf Kosten der Umwelt durchgesetzt werden sollte. Die **Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umwelt** könne durch einige empirische Erkenntnisse verifiziert werden.

Köppl (WIFO) widmet sich in ihrem Beitrag einer Analyse der österreichischen **Umwelttechnikindustrie**. Umwelttechnologien bzw. effiziente Technologien zur Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität bzw. zur Beseitigung und Vermeidung ökologischer Probleme seien zur Lösung von klima- und umweltpolitischen Problemen von zentraler Bedeutung. Dementsprechend werden der Umwelttechnikindustrie global hohe Wachstumsraten beschieden. Neben den Ländern, die bereits seit Jahrzehnten in diesem Segment erfolgreich sind - wie z.B. Deutschland oder Österreich - spielen zunehmend neue Wettbewerber - wie z.B. China - eine wichtige Rolle. In Österreich zeigt die Branche in den letzten zwanzig Jahren nicht nur ein kontinuierliches, sondern im Vergleich zu Sachgütererzeugung ein überdurchschnittliches Wachstum und zeichnet sich durch eine hohe Forschungs- und Innovationsintensität aus.

Auch Wackerbauer (ifo Institut München) prognostiziert für die **Umweltwirtschaft überproportionale Wachstumsraten**, denn Umweltschutz und Klima stehen auf der politischen Agenda weiterhin an vorderster Stelle. Dabei werden die klimapolitischen Zielsetzungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen auf nationaler und internationaler Ebene zum vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energien in der Erzeugung von Strom, Wärme und Kraftstoffen führen. Wackerbauer zeigt die wichtigsten Treiber für die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der Umweltwirtschaft sowie die größten Hemmnisse für eine positive Geschäftsentwicklung auf.

Biermayer (TU Wien) analysiert die **Marktentwicklung für Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energie**. Generell haben Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energie in Österreich eine lange Tradition. Zu den bereits historisch etablierten Sektoren der Wasserkraft und der Nutzung fester Biomasse haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten die Bereiche Solarthermie, Wärmepumpen, Photovoltaik, Windkraft und Geothermie gestellt.

Die Produktion, Anwendung und der Export von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energie führen zu vielgestaltigen positiven, volkswirtschaftlichen Effekten, wie die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie die Steigerung des nationalen Selbstversorgungsgrades mit Energie.

Rennings widmet sich in seinem Beitrag den **Determinanten und Wirkungen von Umweltinnovationen**, differenziert nach verschiedenen Anwendungsgebieten. Generell seien Umweltinnovationen stark regulierungsbedingt und weisen besonders deutliche positive Wirkungen auf Umsatz und Beschäftigung der Unternehmen auf.

Weitere Informationen zu den Wirtschaftspolitischen Blättern finden Sie unter:
https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Standort-und-Innovation/2014_02_Energie_und_Umwelt.html

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: [wko.at/offenlegung](https://www.wko.at/offenlegung)